

Aus der Not eine Tugend - Die Zukunft der alternden Gesellschaft

Der demographische Wandel verunsichert. Im Jahr 2030 werden aufgrund unserer niedrigen Geburtenrate und des erfreulichen Anstiegs der Lebenserwartung fast doppelt so viele ältere Menschen wie heute in Deutschland leben. Es gibt dafür keine historischen Vorbilder. Der gesellschaftliche Diskurs schwankt zwischen Gesundheitsbeterei und Katastrophenangst. Weder das eine noch das andere ist angebracht. Wir müssen uns ändern, um auf die Herausforderungen zu reagieren, aber wir können auch reagieren, so daß zur larmoyanten Verzagttheit dieser Tage kein Anlaß besteht.

Zunächst: Wir werden unsere älteren Arbeitnehmer dringend brauchen. Denn auf dem Arbeitsmarkt wird es schon in etwa fünf bis zehn Jahren zu einer Knappheit von jungen Arbeitskräften kommen. Sie bedroht unser Wirtschaftswachstum, denn ein Rückgang der Erwerbstätigen führt zu einem Produktionsausfall. Vorsichtige Schätzungen dieses Produktionsausfalls nehmen an, daß uns ein Viertel des jährlichen Wachstums verlorengelht. Zudem führt die Alterung der Bevölkerung zu einer deutlich veränderten Altersstruktur der Erwerbstätigen. Beispielsweise liegt das häufigste Alter der Beschäftigten im Jahr 2000 bei 36 Jahren, zehn Jahre später bei 46 Jahren, weitere zehn Jahre später bei 54 Jahren. Wenn es stimmt, daß ältere Arbeitnehmer nicht so produktiv und innovativ wie jüngere sind, wird die gesamtwirtschaftliche Produktivität im Zuge der Alterung abnehmen. Aber stimmt es? Wir wissen es nicht. Erfahrung, Ausgleich und Ruhe, die ältere Mitarbeiter oft haben, werden in den ökonomischen Analysen meist außer acht gelassen. Vor allem aber ist die Produktivität älterer Mitarbeiter nicht vorgegeben: Aus- und Weiterbildung können sie entscheidend beeinflussen. Daran mangelt es zur Zeit, und das können wir ändern.

Die Alterung wird auch die Kapitalmärkte betreffen. Ältere Menschen sparen weniger als jüngere. Dieser Prozeß wird sich beschleunigen, wenn die Babyboomer in Rente gehen und einen Teil ihres Vermögens konsumieren. Aus dieser Sicht ergibt sich die "Asset-Meltdown"-Hypothese, nach der um das Jahr 2030 die Vermögen dramatisch abschmelzen, die Nachfrage der Haushalte nach Finanzanlagen massiv zurückgeht und die Kapitalrendite stark sinkt. Diese Sicht ist jedoch einseitig. Denn umgekehrt

benötigt eine alternde Gesellschaft mehr, nicht weniger Kapital, weil sie in zunehmendem Maße Arbeit durch Kapital substituieren muß. Diese steigende Nachfrage nach Realkapital dämpft den Rückgang der Kapitalrendite stark ab. Zudem wird die allmähliche Verbreitung kapitalgedeckter Zusatzrenten die Haushaltersparnis erhöhen - dieser Prozeß wird frühestens um 2050 ein Gleichgewicht erreichen. Schließlich ist der Kapitalmarkt Deutschlands nicht abgeschottet. Das Kapital wird tendenziell von den älteren Ländern mit sinkender Kapitalrendite zu den jüngeren Ländern fließen, in denen die Kapitalrendite höher ist. Im Ergebnis wird die Kapitalrendite keineswegs so stark absinken, wie es die demographische Entwicklung einiger besonders stark alternder Länder (Deutschland, Italien, Japan) suggerieren mag.

Deutschlands Rentenversicherung wird im Zuge des demographischen Wandels unter großen Druck kommen. Ihm auszuweichen ist besonders schwierig. In unserem Umlageverfahren finanzieren die Beitragszahler die Rentner. In den kommenden Jahrzehnten steigt die Zahl der Rentner deutlich, während die Zahl der Beitragszahler deutlich sinkt. Mehr Ausgaben, weniger Einzahler - das Grundproblem der gesetzlichen Rentenversicherung ist unmittelbar einsichtig.

Wie auf dem Arbeitsmarkt wird auch bei der Rente eine höhere Erwerbsbeteiligung im Alter helfen, den Druck zu mindern. Heute gehen in Deutschland mehr als achtzig Prozent der Arbeitnehmer vor dem normalen Renteneintrittsalter in Rente. Nur ein Drittel der 60- bis 64jährigen Männer arbeitet heute noch. Anfang der siebziger Jahre, als die Menschen etwa vier Jahre jünger starben und die körperlichen Arbeitsbedingungen schwerer waren als heute, waren es noch über drei Viertel.

(...)

Im Gesundheitswesen sind die Reformen noch einschneidender als in der Rentenversicherung, weil uns zu strukturellen Reformen noch der Mut gefehlt hat. Wir werden die Versicherungslandschaft neu ordnen müssen, mit einer neuen Arbeitsteilung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Nur Wettbewerbsdruck kann das Gesundheitswesen effizienter machen. Dazu müssen auf dem Versicherungsmarkt klare Preis- und Qualitätssignale gegeben werden. Dies

geht nicht im heutigen lohnabhängigen System. Daher werden wir mittelfristig nicht um die Einführung von Gesundheitspauschalen herumkommen, so unpopulär das auch ist und so schön sich das Konzept einer Bürgerversicherung anhört. Es geht in die falsche Richtung, weil eine Stärkung des lohnabhängigen Umlageverfahrens den Wettbewerb vermindert und die geringen Kapitalreserven, die das heutige System akkumuliert, wieder abbaut. Der Bürgerversicherung mangelt es an Nachhaltigkeit.

(....)

Droht dieser schmerzhafteste Reformprozeß die Gesellschaft zu spalten? Angesichts des großen Reformbedarfs in unseren sozialen Sicherungssystemen stellt sich die Frage der Generationengerechtigkeit besonders deutlich, denn die Probleme, die wir mit unseren Sozialversicherungen haben, sind in allererster Linie Probleme des Ausgleichs zwischen den Generationen, nicht etwa zwischen Arm und Reich.

Dennoch: Das allseits im Munde geführte Konzept der Generationengerechtigkeit ist eine wohlfeile Worthülse, die abstrakt bleibt, weil sie sich nicht quantifizieren läßt, und die naiv ist, weil sich aus ihr für zentrale Fragen der Gesellschaft keine konkreten Handlungsanweisungen ergeben.

Konkrete Handlungsanweisungen ergeben sich vielmehr aus dem engen Korsett, in das uns die wirtschaftliche Lage einzwängt. Eine Belebung des Arbeitsmarktes, die wiederum Grundlage für ein wiedererstarkendes Wachstum ist (man beachte die Kausalität: erst mehr Beschäftigung, dann mehr Wachstum), erfordert eine Verringerung des Keils zwischen Brutto- und Nettolohn. Wir haben nicht die Option einer weiteren Ausweitung der Lohnnebenkosten zugunsten einer am Rentenniveau orientierten Rentenpolitik. Genauso, wie die Nachkriegsgeneration keine andere Wahl hatte, als wieder von vorne anzufangen, generationengerecht oder nicht, hat die Babyboomgeneration keine andere Wahl, als ein schrumpfendes Rentensystem zur Kenntnis zu nehmen und einen Teil ihrer Rente selbst zu finanzieren. Zwingt sie hingegen mit der Mehrheit ihrer Wählerstimmen die Pillenknickgeneration dazu, noch höhere Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen, wird sie das Wirtschaftswachstum weiter abwürgen, so daß auch in diesem Fall ihr Realeinkommen sinken wird.

Die Option einer weitgehend kapitalgedeckten Rente haben wir jedoch auch nicht.

Dazu ist es zu spät, denn es bleiben uns nur noch etwa zwanzig Jahre, bis die Babyboomgeneration in Rente geht. Diese Zeit ist zu kurz, um einen ausreichenden Kapitalstock aufzubauen. Die Option einer starken Kapitaldeckung wurde spätestens in den achtziger Jahren vergeben, als man die Rente noch als sicher anpries. Die Babyboomgeneration ist daher wie alle Generationen in ihrer Geschichte gefangen.

(...)

Statt Generationengerechtigkeit brauchen wir das praktisch umsetzbare Konzept der finanziellen Nachhaltigkeit. Es verlangt von der Babyboomgeneration, sich so an die demographischen Verhältnisse anzupassen, daß die Beitragslast für die Pillenknickgeneration noch tragbar ist. Der Nachhaltigkeitsfaktor, der die Anzahl der Erwerbstätigen in Prozent der Rentenbezieher - also die Finanzierungsbasis - in die Rentenanpassungsformel einführt, macht genau dies. Die gesetzliche Rente kann nur das leisten, was die jüngere Generation auch finanzieren kann. Die entstehende Rentenlücke kann die Babyboomgeneration durch mehr Eigenleistung und eine längere Lebensarbeitszeit finanzieren, jedenfalls wer zu den oberen vier Fünfteln der Einkommensverteilung gehört. Dem unteren Einkommensfünftel muß geholfen werden.

Der Alterungsprozeß bedroht das ökonomische und soziale Gefüge unserer Gesellschaft. Aber die Bedrohungen sind beherrschbar. Die avisierten Reformen sind einschneidend, erlauben es aber, die ökonomischen und sozialen Auswirkungen des sehr langsamen demographischen Prozesses kontrolliert abzufedern. Die Alterung kommt wie ein Gletscher auf uns zu: langsam, aber mit Macht. Wer auf der Stelle sitzen bleibt, wird keinen Bestand haben. Aber wie einfach ist es doch, der Gefahr zu entgehen. Man muß sich nur bewegen. Und wenn wir aus dieser Ortsveränderung neue Perspektiven für unser Land gewinnen, das seit den achtziger Jahren wirtschaftlich lahmt, dann haben wir aus der Not sogar eine Tugend gemacht.

Der Verfasser ist Direktor des "Instituts für Ökonomie des Alterns" an der Universität Mannheim und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Den vollständigen Artikel finden Sie in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.08.2004.